

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER VISEGRÁD-STAATEN IM VERGLEICH

Am Rande des Buchs von Dieter Lösch „Der Weg zur Marktwirtschaft“¹

Von Jiří Kosta

In seiner wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit verfolgt Dieter Lösch das Ziel, die Grundzüge einer normativen Theorie der in den postkommunistischen Ländern praktizierten Transformationspolitik zu formulieren sowie seinen Theorieansatz am Beispiel Polens und Ungarns zu testen. Damit füllt der Verfasser verdienstvollerweise eine Lücke in der umfangreichen Literatur, die meist empirisch orientiert ist und im besten Fall theoretische Teilaspekte des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft diskutiert. Um dies vorwegzunehmen: Das Buch ist dieser ehrgeizigen Aufgabe weitgehend gerecht geworden. Angeregt durch den von Lösch erarbeiteten theoretisch-analytischen Raster sowie den auf zwei Länder beschränkten Text wird in diesem Beitrag – im Anschluß an eine notwendigerweise nur kurze Darstellung der theoretischen Ausführungen von Lösch – der Versuch unternommen, den Ländervergleich auf die zwei weiteren Visegrád-Staaten, nämlich Tschechien und die Slowakei, auszuweiten.

Im theoretischen Teil geht der Autor zunächst auf die wichtigsten strategischen Bereiche der Transformationspolitik – die Privatisierung, die Deregulierung der Binnenwirtschaft sowie die Liberalisierung des Außenhandels – ein, um anschließend die operative Ebene (wie etwa die Geld-, Budget-, Wechselkurs- und die Lohnpolitik) zu durchleuchten. Auf der Strategieebene – der Ordnungspolitik – ist das „Sequencing“, d. h. die Abfolge der drei Hauptphasen des Transformationsprozesses (Vorbereitung, Start, Anpassung), von erstrangiger Bedeutung. Das „Timing“ – die Wahl des Zeitpunktes bestimmter Maßnahmen (z. B. die Freigabe der Preise) – betrifft die operative Ebene, auf der auch innerhalb der Hauptphasen wiederum das „Sequencing“ und das „Pacing“ (Tempo) zu bestimmen sind. Der von Lösch erarbeitete Begriffsapparat ermöglicht es, vier alternative Transformationsstrategien zu unterscheiden, und zwar:

1. die schockartige Sukzessivstrategie, die durch Nachzeitigkeit der drei Hauptphasen und die Durchführung der Marktöffnung zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Startphase gekennzeichnet ist;
2. die gradualistische Sukzessivstrategie, die ebenfalls mit Nachzeitigkeit, jedoch mit einer sich über einen gewissen Zeitraum erstreckenden Marktöffnung beschrieben wird;

¹ Lösch, Dieter: Der Weg zur Marktwirtschaft. Grundzüge einer Theorie der Transformationspolitik. Baden-Baden 1993.

3. die schockartige Simultanstrategie, die durch gleichzeitigen Beginn der drei Hauptphasen sowie durch eine zeitpunktbezogene Marktöffnung in der Startphase charakterisiert wird;
4. die gradualistische Simultanstrategie, die wiederum durch die gleichzeitig einsetzenden drei Hauptphasen, jedoch durch eine zeitraumbezogene Marktöffnung gekennzeichnet ist.

Wie die weiteren Ausführungen des Verfassers zeigen, sind in den Transformationsökonomien lediglich die beiden erstgenannten Strategien zu beobachten, so etwa im Falle Polens die schockartige Sukzessivstrategie und im Falle Ungarns die gradualistische Sukzessivstrategie. Mit anderen Worten, Simultanstrategien gibt es in der Praxis nicht. Dies resultiert meines Erachtens aus der praktischen Unmöglichkeit, alle drei zuvor genannten Hauptphasen gleichzeitig anzusetzen. So ist es beispielsweise unvorstellbar, die im Zuge der Vorbereitung zu schaffenden Institutionen (Banken, Steuerbehörden, Privatisierungsinstanzen etc.) simultan mit der in der Startphase durchzuführenden Deregulierung der Preise bzw. der Einführung der Teilkonvertibilität der Währung und zudem noch mit der erst in der Phase der Anpassung möglichen Restrukturierung der Unternehmen in die Wege zu leiten.

In einer gleichermaßen minutiösen wie überzeugenden Analyse, die hier nicht nachvollzogen werden kann, macht Lösch die schockartige Sukzessivstrategie, von ihm als „Basisstrategie“ bezeichnet, als optimales Politikkonzept aus. Als Erfolgskriterien dienen ihm der Zeitfaktor, der Kostenfaktor, die (soziale) Akzeptanz und die Praktikabilität der Strategie: je geringer der Zeitbedarf, je niedriger die anfallenden Kosten, je höher die Akzeptanz seitens der Gesellschaft und je praktikabler die Maßnahmen, desto eher erreicht man mit Hilfe der gewählten Transformationsstrategie die optimale Alternative.

Das normative Fazit würde nahelegen, daß auch der empirische Text Polen als das gegenüber Ungarn erfolgreichere Land bestätigt. Ein Vergleich der ökonomischen Indikatoren für die Jahre 1990 bis 1992 veranlaßt den Autor zu der Aussage, daß in beiden Ländern Plus- und Minuspunkte festzustellen sind, die nur in mancher Hinsicht – so etwa bezüglich des wiedererlangten Wachstums – die polnische Wirtschaft als erfolgreicher ausweisen. Allerdings deutet Lösch wohl nicht ganz zu Unrecht darauf hin, daß weder Polen den eindeutigen „Schockweg“ beschritten hat, noch daß Ungarn ohne weiteres als unzweideutiges Muster für eine gradualistische Strategie herausgestellt werden kann: realiter seien sich die praktizierten Strategien ähnlicher gewesen als meist angenommen.

Der Rezensent würde hinzufügen, daß darüber hinaus kein auch noch so ausgeklügeltes theoretisches Modell allein eine Überprüfung der Leistungen einer Volkswirtschaft möglich macht. Denn erstens ist die im einzelnen praktizierte Wirtschaftspolitik weit komplexer und ausdifferenzierter, als dies im Modellkonstrukt berücksichtigt werden kann, und zweitens bilden insbesondere in den Transformationsökonomien die Ausgangsbedingungen wie etwa der Geldüberhang oder die Auslandsverschuldung einen weiteren Faktor, der die Erfolgsbilanz in den ersten Übergangsjahren zusätzlich beeinflusst.

Mindestens aus zwei Gründen ist eine Erweiterung des von Dieter Lösch vorgenommenen Polen-Ungarn-Vergleichs auf die beiden restlichen Transformationsökonomien Mitteleuropas sinnvoll. Erstens haben wir es im Falle Tschechiens mit einer Strategie zu tun, die meines Erachtens der vom Autor formulierten „schockartigen Sukzessivstrategie“ weit konsequenter gefolgt war als die Strategien der übrigen Wisegrad-Staaten (einschließlich Polen). Und zweitens liegen z. Z. bereits Daten für das Jahr 1993 und zum Teil auch für 1992 vor, so daß unter Berücksichtigung des Time-lag zwischen eingeleiteten bzw. durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und den erzielten Resultaten aussagekräftigere Schlußfolgerungen über die erbrachten Leistungen der vier Volkswirtschaften getroffen werden können, als dies Lösch seinerzeit tun konnte.

Ehe die ökonomischen Entwicklungsdaten einer vergleichenden Analyse unterzogen werden, sei kurz auf die wesentlichsten Unterschiede zwischen der zunächst (bis 1992) tschechoslowakischen und später tschechischen (ab 1993) Transformationspolitik einerseits und der polnischen Strategie andererseits hingewiesen². Nachdem in der kommunistischen ČSSR der Privatsektor seit den fünfziger Jahren praktisch ausradiert war (während in Polen neben der Landwirtschaft bereits vor 1989 etliche private Gewerbetrieben bestanden), spielte die Privatisierungspolitik der tschechoslowakischen Regierung nach 1989 von Anbeginn (im Unterschied zu Polen) eine vorrangige Rolle. Bis Ende 1992 sind allein im Kleingewerbe der ČSFR neben Neugründungen und Restititionen im Zuge von Versteigerungen rund 32 000 Privatfirmen entstanden. Ende 1993 dominierten im Dienstleistungsbereich – v. a. im Einzelhandel, im Gaststättengewerbe und in Reparaturwerkstätten – eindeutig private Betriebe. Mit Hilfe einer Kombination von verschiedenen Privatisierungsverfahren (Direktverkäufe an In- und Ausländer, Übertragung an Gemeinden, Restititionen, nicht zuletzt die „Couponprivatisierung“) ist es in einer relativ kurzen Zeitspanne gelungen, die Mehrzahl der Großbetriebe in der Industrie, dem Baugewerbe und im tertiären Bereich zu privatisieren. Ein erheblicher Teil dieser sogenannten „großen Privatisierung“ ist im Jahre 1992 in beiden Teilrepubliken der Ex-ČSFR durchgeführt worden. Das schnelle Tempo konnte 1993 und 1994 in der Tschechischen Republik aufrechterhalten werden, während in der Slowakei die Privatisierung nach der Spaltung langsamer verlief. Ende 1994 war der Privatsektor bereits mit rund 75 Prozent am Aufkommen des tschechischen Nationalproduktes beteiligt. Das Privatisierungstempo Tschechiens war somit unvergleichlich rascher als das von Polen (dazu vgl. die entsprechenden Aus-

² Literatur des Verfassers zur ökonomischen Transformation in der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik: Ökonomische Aspekte des Systemwandels in der Tschechoslowakei. In: Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Hrsg. v. R. D e p p e u. a. Frankfurt/M. 1991, 301–325. – Transformation of external economic relations of the ČSFR with special emphasis on the ČSFR-FRG. In: Czecho-Slovakia Towards EC. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Institute of Economic Theory Bratislava. Bratislava 1992, 52–60. – Zum Transformationsprozeß in der ČSFR. In: Marktwirtschaft in Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Hrsg. v. H. B e s t e r s. Baden-Baden 1993, 47–64. – Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei und den beiden Nachfolgestaaten. In: Ostmitteleuropa im Umbruch. Hrsg. v. A. P r a d e t t o. Opladen 1994. – ČSFR. In: Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Hrsg. v. W. W e i d e n f e l d. Gütersloh 1993 (2. aktualisierte Aufl. 1995).

führungen von Lösch). Auch in anderen Bereichen der polnischen Transformationspolitik dürfte nach dem Ausscheiden Balcerowicz's aus der Regierung die Anfang 1990 eingeleitete „Schockversion“ zumindest aufgeweicht worden sein – so etwa hinsichtlich des stabilitätspolitischen Kurses. Dies hängt mit der sozialen und politischen Instabilität Polens zusammen, die sich von der stabilen Lage in der Tschechischen Republik, wo die Position der von Václav Klaus geführten marktliberalen Regierung nach der Teilung der Föderation unumstritten blieb, deutlich unterscheidet.

Ist die Transformationsstrategie der Tschechischen Republik unschwer zu charakterisieren, so fällt die Kennzeichnung des Reformkonzepts für die Slowakei alles andere als leicht. Als Teilrepublik der ehemaligen ČSFR waren die entscheidenden ordnungspolitischen Maßnahmen nach 1989 für beide Landesteile einheitlich konzipiert worden. Dies galt für die Freigabe der Preise, die Beseitigung des zentral regulierten Außenhandelsmonopols, die Einführung der Teilkonvertibilität, die Privatisierung, die restriktive Geld- und Fiskalpolitik u. a. m. Selbst wenn im Zuge der Realisierung einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen slowakischerseits etwas zögerlich vollzogen wurden, so konnte vor der Spaltung von einer grundsätzlich anderen Strategie in der Slowakei als in Böhmen und Mähren keine Rede sein. Aber selbst nach der Teilung am 31. 12. 1992 verlief der Transformationsprozeß nur in Teilbereichen, wie z. B. der Privatisierung, in Preßburg etwas zögerlicher als in Prag. Eines sei allerdings vorweggenommen: die Trennung der beiden Volkswirtschaften stellt einen Sonderfaktor dar, der die erzielten Resultate in hohem Maß beeinflusst hat.

Die in der Tabelle auf Seite 142 aufgeführten Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung von 1991 bis 1993 sowie einige für 1994 ergänzend erwähnten Daten für die vier ostmitteleuropäischen Staaten ermöglichen einen aussagefähigen Vergleich der Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften. Bei einer abschließenden Bewertung der Ergebnisse wird besonders zu beachten sein:

- der Einfluß der jeweils verfolgten Transformationsstrategie
- die Auswirkung der unterschiedlichen Startbedingungen
- die voneinander abweichenden Startphasen der Transformation, so die früher einsetzenden Maßnahmen in Ungarn (die sukzessive bereits vor der politischen Wende von 1989 eingeleitet wurden), die zum 1. Januar 1990 „schockartig“ realisierte Deregulierung bzw. Liberalisierung in Polen, der genau ein Jahr danach ein vergleichbarer „Big-Bang“ in der Ex-ČSFR folgte.

Nach einer Übergangsrezession, die eine notwendige Konsequenz der Überwindung von Ressourcenverschwendung, der Schrumpfung von überschüssigen Kapazitäten (Schwer- und Rüstungsindustrie etc.) sowie des Zusammenbruchs der Ostmärkte ist, muß in den postkommunistischen Ländern Wirtschaftswachstum vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Wie die Tabelle zeigt, lagen in allen vier Ländern die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes als entscheidender Indikator noch im Minusbereich. Allein Polen hat die Schrumpfung des BIP 1992 und 1993 überwunden, allerdings nach einer jahrzehntelangen Wachstumskrise, die noch in der kommunistischen Ära bedrohlicher war als in den ohnehin krisengeschüttelten Partnerländern des sowjetischen Blocks. Nach einem vernachlässigbaren Negativwert von 1993 haben nahezu im Gleichschritt Tschechien, die Slowakei und Ungarn als zweites Land 1994

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostmitteleuropa 1991–1993

Indikator	Jahr	Polen	Tschechien	Slowakei	Ungarn
Bruttoinlandsprodukt jährliche Veränderung in %	1991	-7.6	14.2	-14.5	-11.9
	1992	+ 1.5	- 6.6	- 7.0	- 4.5
	1993	+ 4.0	- 0.3	- 4.1	- 1.0
Verbraucherpreise jährliche Veränderung in %	1991	70.3	56.5	61.2	35.0
	1992	43.0	11.1	10.0	23.0
	1993	35.3	20.8	23.2	22.5
Arbeitslosenquote Jahresende, in %	1991	11.8	4.1	11.8	8.5
	1992	13.6	2.6	10.4	12.3
	1993	15.7	3.5	14.4	12.1
Leistungsbilanz in Mrd. US \$	1991	- 1.4		+ 0.4 ¹	+ 0.3
	1992	- 0.3		+ 0.2 ¹	+ 0.3
	1993	- 2.3	+ 0.6	- 0.6	- 3.5
Staatshaushalt Saldo in % des Bruttoinlandsprodukts	1991	- 3.8	- 2.1	- 3.9	- 4.9
	1992	- 6.0	- 0.2	- 3.1	- 7.0
	1993	- 3.1	- 0.1	- 6.9	- 6.0
Pro-Kopf-Verschuldung in Hartwährungen in Tsd. US \$	1991	1.3		0.6 ¹	2.2
	1992	1.3		0.6 ¹	2.1
	1993	1.2	0.8	0.6	2.6
Reallöhne jährliche Veränderung in %	1991	+ 0.2	- 24.5	- 26.7	- 8.0
	1992	- 2.7	+ 9.7	+ 7.0	- 2.0
	1993	+ 2.7	+ 3.5	- 4.3	- 3.8

¹ betr. die ČSFR

Quelle: Bulletin 1993/4, hrsg. von den vier nationalen Statistischen Ämtern, Prag, März 1994

ebenfalls einen Aufschwung eingeleitet. Dabei hatte die bevorstehende Spaltung der ČSFR ein bereits im 3. Quartal 1992 Platz greifendes deutliches Wachstum abgeblockt. Auf die slowakische Wirtschaft hat sich allerdings die Trennung vom wirtschaftlich leistungsstärkeren tschechischen Landesteil negativer ausgewirkt, wie die unter den Vergleichsländern 1993 niedrigste Wachstumsrate (- 4.1%) zeigt. Mit einem Minuswachstum von einem Prozent lag Ungarn, mit dessen besserem Abschneiden man allerdings gerechnet hatte, 1993 noch vor der Slowakei.

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisanstieg, war in den drei Jahren in Polen jeweils am höchsten. Nach einem Emporschnellen der Preise in beiden Landesteilen der ehemaligen ČSFR im Jahre 1991 – einer Folge der Preisfreigabe zu Beginn der Periode – gelang es, die Inflationsrate in beiden Teilrepubliken 1992 erfolgreich zu dämpfen. Im Vorjahr stieg das Preisniveau in Tschechien und in der Slowakei erneut an, wobei die tschechische Volkswirtschaft etwas besser abschnitt. Hinsichtlich der Inflationsbekämpfung nimmt Ungarn einen mittleren Platz ein. Für das Jahr 1994 zeichnet sich vor allem ein Erfolg in der Tschechischen Republik ab, wo der Preisanstieg bei etwa 10 Punkten liegen dürfte. In etwa ebenso günstig verlief im Vorjahr die Bekämpfung der Inflation in der Slowakei und nicht ganz so erfolgreich in Ungarn.

Unter den Vergleichsländern hatte Polen 1993 die höchste Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Relativ hoch war die Arbeitslosigkeit in der Slowakei und nicht viel niedriger in Ungarn. In diesen drei Staaten war zudem eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beklagen, ein Trend, der 1994 nicht ganz aufgehalten werden konnte. So sehr diese Entwicklung aus sozialen Gründen zu bedauern ist, so unumgänglich ist sie unter ökonomischen Vorzeichen, sofern Unterbeschäftigung aus einem wünschenswerten Produktivitätsanstieg resultiert. Dies dürfte jedoch nur zum Teil zutreffen. In den Ländern mit hoher bzw. wachsender Arbeitslosenquote läßt die Mobilität der Arbeitskräfte, die im Zuge der Transformation notwendig ist, zu wünschen übrig. Die erstaunlich niedrige und nur geringfügig steigende Arbeitslosigkeit in Tschechien deutet auf den ersten Blick auf einen einmaligen Erfolg hin. In der Tat ist es hier gelungen, freigesetzte Arbeitskräfte aus der 1991, 1992 und zum Teil auch weiterhin verstaatlichten Großindustrie im Dienstleistungssektor – meist in Privatbetrieben – zu beschäftigen. Dies war dank einer hohen Mobilitätsbereitschaft, nicht zuletzt auch durch aktive beschäftigungspolitische Maßnahmen möglich geworden. Andererseits ist erst seit 1993 ein leichter Produktivitätsanstieg in der tschechischen Volkswirtschaft zu beobachten, ein Umstand, der davon zeugt, daß noch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen (ähnlich wie in der kommunistischen Ära) überbesetzt ist.

Die Daten der Leistungsbilanz für 1991 bis 1993 deuten an, inwieweit das vierte Ziel des in entwickelten Marktwirtschaften berüchtigten „magischen Vierecks“ („magisch“, weil es nahezu der „Magie“ bedarf, alle vier Ziele erfolgreich zu erreichen), nämlich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, erfüllt ist. Gerade in kleineren Volkswirtschaften, deren Außenhandelsabhängigkeit erheblich ist, soll die Exportleistung dafür Sorge tragen, daß erforderliche Importe realisiert werden können, mit anderen Worten, daß die komparativen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung voll genutzt werden. Die entsprechenden Zahlen in der Tabelle zeigen, daß die polnische Wirtschaft mit einer passiven Leistungsbilanz besonders im Jahre 1993 – dies gilt für Ungarn im letzten Jahr noch deutlicher – infolge ausbleibender Exporterfolge ins Hintertreffen geraten ist. Zieht man zusätzlich die Verschuldung gegenüber dem Ausland (vgl. die Pro-Kopf-Daten in der Tabelle) in Betracht, dann wird deutlich, daß beide Länder in ihrem Bemühen um kontinuierliches Wachstum in der Folgezeit behindert sein werden. Dies bestätigt besonders im Falle Ungarns die Entwicklung im Jahr 1994. Hingegen sind bezüglich beider außenwirtschaftlicher Indikatoren die Slowaken und vor allem die Tschechen in einer relativ günstigen Lage, und das gilt auch für das vergangene Jahr.

Neben der Inflationsrate indiziert die Entwicklung des Staatshaushaltes, inwieweit in einer Volkswirtschaft binnenwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht. Aussagefähiger als der Saldo in absoluten Werten ist dessen Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Diese Bezugsgröße ist im Falle Ungarns (1992: 7%, 1993: 6%) äußerst ungünstig. Auch die Slowakei liegt 1993 in der gleichen Gefahrenzone (knapp 7%), etwas besser ist die Budgetsituation in Polen. Allen voran liegt nach wie vor Tschechien.

Die Entwicklung der Reallöhne (d.h. der inflationsbereinigten Nominallöhne) deutet an, welchen Lauf der Lebensstandard der Arbeitnehmer genommen hat. Unberücksichtigt bleibt dabei die Entwicklung der Einkommen selbständiger Unternehmer, Kapitaleigner sowie der Empfänger sozialer Transfereinkünfte (Renten etc.),

für die keine ausreichenden Zahlen zur Verfügung standen. So wünschenswert auch ein Anstieg der Reallöhne unter sozialen Aspekten sein mag, so vorsichtig sind gleichzeitig derartige Tendenzen unter den Gesichtspunkten eines inflationären Drucks sowie des betrieblichen Kostenfaktors zu bewerten. Der drastische Rückgang der Löhne im Jahre 1991 in der Ex-ČSFR hat 1992 einen möglicherweise allzu hohen Anstieg zur Folge gehabt. In der Tschechischen Republik begünstigte die Lohnentwicklung in diesem Jahr die Inflation. 1993 stiegen in Tschechien die Reallöhne in einem den übrigen Indikatoren entsprechenden moderaten Maß. Die rückläufige Entwicklung der Löhne in Ungarn und der Slowakei hat möglicherweise zur Unzufriedenheit beigetragen, obwohl unter ökonomischen Aspekten der Rückgang gerechtfertigt war. Gerade für diese beiden Länder, in denen ein politischer Machtwechsel erfolgte, wäre in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Einkommensverteilung zwischen den sozialen Gruppierungen der Bevölkerung und den daraus resultierende Spannungen von Interesse.

* * *

Die vorliegenden Daten sowie weitere Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung in den vier mitteleuropäischen Ländern legen das folgende wertende Fazit nahe:

1. In keinem der Visegrád-Staaten sind bislang die hohen Erwartungen, die knapp nach der politischen Wende von 1989 in die ökonomische Systemreform gesetzt wurden, voll erfüllt worden. Dennoch sind Ende 1993 – rund ein halbes Jahrzehnt nach weitgehenderen marktorientierten Reformschritten Ungarns im außenwirtschaftlichen, monetären sowie unternehmenspolitischen Bereich, vier Jahre nach dem zuvor beschriebenen „Big-Bang“ Polens und drei Jahre nach den ähnlichen radikalen Reformen in der Tschechoslowakei – die ersten Lichtblicke eines Aufschwungs – von Land zu Land unterschiedlich – sichtbar geworden. Die 1994 erzielten Resultate bekräftigen die sich abzeichnende Erfolgsbilanz.
2. Alle verfügbaren Entwicklungsindikatoren sowie Aussagen westlicher Experten belegen, daß die Tschechische Republik hinsichtlich des Systemumbaus sowie auch in bezug auf den sich abzeichnenden Genesungsprozeß die größten Fortschritte erzielt hat. In Polen und in Ungarn sind jeweils sowohl erste Erfolge als auch erhebliche Schwächen zur Jahreswende zu verzeichnen gewesen, allerdings in voneinander abweichenden Bereichen, wobei im polnischen Fall die Pluspunkte etwas stärker zu veranschlagen sind. Die Slowakei bildet das Schlußlicht, obwohl auch im ersten Jahr nach der Spaltung der ČSR die Chancen für einen künftigen Aufschwung – in einer Perspektive von möglicherweise knapp zwei Jahren – nicht ungünstig waren.
3. Alles deutet darauf hin, daß die erzielten Resultate der wirtschaftlichen Entwicklung maßgeblich von der gewählten Transformationsstrategie beeinflußt worden sind. Dies gilt nicht nur für die Konzeption, sondern gleichfalls für die Durchführung des strategischen Konzeptes. Insofern haben sich in Tschechien der radikale Einstieg zur Jahreswende 1990/1991 sowie die Realisierung weiterer system-

verändernder Maßnahmen, vor allem der Privatisierung, besonders positiv ausgeht. In Polen ist der schlagartige Start am Beginn des Jahres 1990 von einer weniger konsequenten Transformationspolitik, so etwa der zögerlichen Privatisierung, abgelöst, jedoch der richtungweisende Kurs prinzipiell nicht verlassen worden. Ungarns gradualistisches Konzept scheint weniger erfolgreich gewesen zu sein, so daß hier ein gewisser Vorsprung bezüglich marktorientierter Reformen zur Zeit der Wende nicht genutzt werden konnte. Die Slowakei hat im Zuge der Durchführung des in der ČSR-Ära konzipierten radikalen Konzeptes an Reformtempo verloren.

4. Nicht zu unterschätzen sind die mittelfristig nachwirkenden Ausgangsbedingungen, die den Transformationsprozeß länderspezifisch begünstigt bzw. behindert haben. So konnte die Tschechische Republik von einem geringeren Ungleichgewicht in der Binnenwirtschaft (einem gegenüber dem Angebot nicht allzu ausufernden Geldüberhang) und einer niedrigen Auslandsverschuldung profitieren. Als langfristig positiv haben sich auch die traditionell hochentwickelte und breitgefächerte Industrie sowie die entsprechende Qualifikation der Arbeitskräfte erwiesen. Während derartige Vorteile in Polen und Ungarn nur in geringerem Maß vorhanden waren, hätten diese beiden Länder von Vorsprüngen bezüglich des Reformstarts und der ererbten Eigentumsstruktur besser profitieren können, wäre dort die Systemreform konsequenter realisiert worden. Für die Slowakei fallen vor allem die Konsequenzen der Trennung von der wirtschaftlich leistungsstärkeren tschechischen Wirtschaft ins Gewicht. Die Schwächen der slowakischen Volkswirtschaft sind meines Erachtens sehr viel mehr auf die Desintegration des ehemals größeren Wirtschaftsraums und nicht zuletzt auf den Wegfall der ehemals erheblichen Transferbeträge zurückzuführen, die aus dem tschechischen Landesteil in die Slowakei flossen, als auf die zugegebenermaßen weniger konsequent durchgeführte Systemreform.
5. Die bisherige Erfolgsbilanz der ökonomischen Transformation – und dies wird auch in Zukunft gelten – war vom sozialen Konsens der Gesellschaft und damit auch von der politischen Stabilität des betreffenden Staates abhängig. Unzufriedenheit mit der sozialen Lage und damit zusammenhängende politische Instabilitäten haben in Polen und Ungarn, unter etwas anderen Machtkonstellationen auch in der Slowakei, den ökonomischen Reformprozeß behindert. Hingegen hat der mehrheitliche Konsens der tschechischen Bevölkerung mit der politischen Führung die Transformation des Wirtschaftssystems und damit auch die Entwicklungsergebnisse der Wirtschaft begünstigt.